

Paibacher Zeitung.



Nr. 24. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 30. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 90 fr., 3mal fl. 1.20; sonst dr. Zeile 1mal 60 fr., 2mal 90 fr., 3mal 12 fr. u. f. w. Insertionsstempel jebeim. 30 fr.

1873.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die „Paibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis Ende Februar 1873:

Im Comptoir offen	—	fl. 92 fr.
Im Comptoir unter Couvert	1	—
Für Paibach ins Haus zugestellt	1	—
Mit Post unter Schleifen	1	25
Für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Juni:		
Im Comptoir offen	4	fl. 60 fr.
Im Comptoir unter Couvert	5	—
Für Paibach ins Haus zugestellt	5	—
Mit Post unter Schleifen	6	25

Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien der Baden-Böslauer Baubank in Baden die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Hotel- und Bädergesellschaft in Baden“ mit dem Sitze in der Stadt Baden erteilt und deren Statuten genehmigt.

Der Minister des Innern hat auf Grund der erhaltenen Allerhöchsten Ermächtigung und im Einvernehmen mit den betheiligten anderen k. k. Ministerien den Herren Gustav Zupansky in Rakonitz und Dr. Heinrich Grünebaum in Wien die Bewilligung zur Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Oesterreichische Montan-Creditbank“ mit dem Sitze in Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Wahlreform

bringt die „Presse“ nachstehenden Bericht vom 27. d.: „Die Wahlreform-Vorlage liegt erst seit gestern in der kaiserlichen Cabinetkanzlei, und hängt die mündliche Erstattung des Motivenberichts durch Minister Baron Vasser von dem Wunsche Sr. Majestät ab. Sobald die Vorlage, beziehungsweise die an derselben vorgenommenen Aenderungen, die Genehmigung des Monarchen erhalten hat, dürfte dieselbe unverzüglich der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden.“

Die „Wiener Correspondenz“ schreibt: „Das hier abgehaltene feudal-czechische Conventikel hatte die Polen nicht zu Theilnehmern. Die Herren Grocholsti und Zyblikiewicz, welche als Vertreter des Polenklubs erscheinen sollten, sagten in letzter Stund ab, und nur Dr. Smolka wohnte ohne Mandat seiner Parteigenossen dem Conventikel bei. Die Versammlung bestand aus den Herren Niegler, Zithammer, Sladkovsky, Fürst Schwarzenberg, Graf Egbert Belcredi, Costa, Danilo und Smolka. Die Debatte zog sich lange hin und nahm öfters Anlauf zu stürmischen Szenen. Die gehoffte Einigung über ein gemeinsames Vergehen gegen die Wahlreform kam nicht zustande, und gingen die Herren, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben, auseinander.“

Eine wohlunterrichtete Wochenschrift meldet: „Die ministeriellen Vorbesprechungen mit den hervorragenden Mitgliedern der Verfassungspartei haben zu einem günstigen Ergebnisse geführt, und es steht außer Zweifel, daß ein Reformentwurf, welcher die Vorbedingungen seiner Annehmbarkeit bereits erfüllt hat, zur Vorlage an den Reichsrath gelangen wird. Die Reform wird Thatsache werden und diese Thatsache die Zukunft der verfassungsmäßigen Entwicklung Oesterreichs für immer beherrschen.“

Ueber die Wahlreformfrage erhält die „Nat. Ztg.“ folgende Mittheilung aus Wien: „Man will wissen, es sei dem Cardinal Schwarzenberg in sehr verständlicher Weise bedeutet worden, daß seine etwaige Intervention zugunsten der czechischen Petitionen gegen die Wahlreform zurückgewiesen werden müßte. Diese Petitionen sollen übrigens an maßgebender Stelle einen sehr läßlichen Eindruck gemacht haben. Es ist in der That entweder eine vollständige Begriffsverwirrung oder eine an Vorniertheit grenzende Vermessenheit, wenn man heute der Krone, welche sich doch bereits in der Thronrede für die Wahl-

reform engagiert hat, ein Zurückgreifen auf die „Fundamentalartikel“ und auf die Zeiten des September-Rescripts zumuthen will und von ihr verlangt, die Constituierung des Reichs auf Grund eines fictiven Staatsrechts erfolgen zu lassen. Dazu kommt dann noch der freche Commentar, welchen die czechischen Blätter zu der „demüthigen Form“ der Petition gegeben, indem sie es ganz unverschleiert aussprechen, daß czechische Volk werde an die Revolution appellieren, wenn die „Petition“ unberücksichtigt bleiben sollte.“

Die k. k. Statthalterei in Prag tritt den aufreizenden Umtrieben der wahlreformfeindlichen Partei fest entgegen. Das „Prager Abendbl.“ bemerkt hierüber: „Die „Politik“ schlägt gewaltigen Lärm darüber, daß sämtliche Inhaber öffentlicher Locale, bei welchen die von den czechischen Vertrauensmännern verfaßte Petition gegen die Wahlreform auslag, auf die betreffenden Polizei-Commissariate beschieden werden, und ihnen die Sammlung von Unterschriften in ihren öffentlichen Localitäten untersagt wurde. Sie erklärt dies als ein Verbot der Petition an den Monarchen, als eine ungerechtfertigte Beschränkung des Petitionsrechts u. dgl. Nun, die „Politik“ und die Männer, denen sie als Organ dient, mögen sich beruhigen; auch wir glauben, daß sie durch Anwendung der ihnen geläufigen, von uns längst genügend charakterisirten Mittel eine beträchtliche Anzahl von Unterschriften für die Petition, deren Schicksal ihnen so sehr am Herzen liegt, zusammenbringen werden, es fällt auch niemandem bei, das Petitionsrecht irgendwie verkümmern zu wollen. Was aber nicht geduldet werden kann und darf, ist der Mißbrauch dieses Rechts; es kann nicht gestattet sein, daß in Kirchen, Schulen, Gasthäusern und überhaupt in öffentlichen Localitäten eine Pression auf deren Besucher, beziehungsweise Gäste und Käufer, geübt werde. Ueberdies handelt es sich, selbst abgesehen von einer solchen Pression, im vorliegenden Falle nicht um eine Petition, die sich innerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens hält, sondern — man braucht nur den Inhalt dieser Petition zu lesen — geradezu um eine Demonstration gegen die bestehende Verfassung. Die Behörden aber würden sich eine Pflichtverletzung zuschulden kommen lassen, wenn sie solchen gegen die Verfassung gerichteten Demonstrationen gegenüber sich indifferent verhalten würden. Daraus ergibt sich aber auch von selbst, daß von Seite der Behörden auch solche Versammlungen und Labors, welche zur Förderung der verfassungsgegnerrischen Agitation arrangiert werden sollen, nicht gestattet werden können. Was endlich die Entfernung der gedruckten Placate betrifft, welche die Localitäten, wo die Petition zur Unterschrift auslag, näher bezeichneten, so möge die „Politik“ nur den § 23 des Preßgesetzes nachlesen und sie wird finden, daß auch in dieser Beziehung Recht und Gesetz vollständig gewahrt wurde. Gerade in diesem pflichtmäßigen und gesetzestreuen Vorgehen liegt aber auch die Gewähr, daß die Behörden die Verfassung und die in ihr begründeten Rechte hochachten und letztere gewiß niemandem verkümmern, der sich auf verfassungsmäßigem Boden bewegt, ja daß sie dieselben weit mehr zu würdigen wissen als die oppositionelle Partei, welche diese kostbaren Rechte durch ihr Gebaren nur ad absurdum zu führen sucht.“

Die neuen Justizvorlagen

bilden den Gegenstand recht lebhafter publicistischer Discussionen. Das „Fremdenblatt“ schreibt hierüber: „Die umfassenden reformatorischen Arbeiten des Justizministers Dr. Glaser verdienen die volle Anerkennung aller Freunde des österreichischen Rechtslebens. Mit der klarsten Erkenntnis der zahlreichen Gebrechen des österreichischen Justizwesens verbindet Dr. Glaser den ernststen Willen und die unermüdete Arbeitskraft, die erforderlich sind, um auf diesem Gebiete mit Erfolg zu wirken. Was in administrativer Beziehung geleistet wird, ist der Öffentlichkeit zu wenig bekannt, um volle Würdigung zu finden. Die Justizgesetzentwürfe, die bisher im Reichsrathe eingebracht wurden, sind durchaus den oft ausgesprochenen Reformbedürfnissen angemessen. Dies gilt in erster Reihe von der Strafrechtsreform, die bekanntlich, nachdem sie vom Abgeordnetenhaufe angenommen worden ist, der letzten Verathung im Plenum des Herrenhauses harret. Auf dem Gebiete des Civilprocesses verbieten erstere legislative Erwägungen vorläufig die durchgreifende Reform, der Justizminister ist aber bemüht, durch Detailgesetze dem dringendsten Bedürfnis abzuhelfen und zugleich zu der großen allgemeinen Reform des Civilprocesses den Weg zu ebnen. Diesen Zweck haben drei Vorlagen, welche Dr. Glaser in der letzten Sitzung des Abgeord-

netenhauses einbrachte. Die Tendenz, welche der Justizminister mit diesen Vorlagen verfolgt, ist klar. Es kann sich nicht darum handeln, mit der Beseitigung der ärgsten Mißstände eine Abschlagszahlung zu bieten, damit die nothwendige Gesamtreform auf die lange Bank geschoben werden könne. Die factische Unmöglichkeit, diese Reform sofort in Angriff zu nehmen, soll aber nicht hindern, daß wenigstens dort die verbessernde Hand angelegt werde, wo die Größe des Uebels die Abhilfe am dringendsten erfordert. Zugleich sind die vorgeschlagenen Detailreformen so angelegt, daß sie die durchgreifende Umgestaltung des Civilprocesses vorbereiten und wesentlich erleichtern.“

Reichsrath.

21. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 27. Jänner.

Präsident Fürst Karl Auerberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Minuten.

Auf der Ministerbank: Se. Durchlaucht Ministerpräsident Fürst Auerberg, Ihre Excellenzen die Minister Freiherr v. Vasser, Dr. Vanhans, Dr. v. Stremayr, Dr. Glaser, Dr. Unger, Freih. v. Pretis, Ritter v. Chlumetzky, Oberst Horst.

Von Seite Sr. Excellenz des Finanzministers wird mitgetheilt, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Fortsetzung der Steuern und Abgaben im ersten Quartal 1873 die Allerhöchste Sanction erhalten habe.

Es leisten hierauf die Angelobung die neu eingetretenen Mitglieder des Herrenhauses: Graf Deust und Graf Auenberg-Traun.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Gesetzes, womit die neuerlich erfolgte Repartition der zur Erhaltung des stehenden Heeres (Kriegsmarine) und der Ersatzreserve vereinbarten Rekrutencontingente genehmigt und die Aushebung derselben bewilligt wird.

Ueber Antrag des Freiherrn v. Härdtel wird diese Vorlage der politischen Commission zugewiesen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berichterstattung über den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des markgräf. Pallavicini'schen Fideicommisses.

Freih. v. Pratobevera erstattet den Bericht, und wird der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Als dritter Gegenstand steht die Berichterstattung über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines gräf. Davorowski'schen Fideicommisses auf der Tagesordnung.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung betrifft den Gesetzentwurf rücksichtlich der Organisation der Universitätsbehörden.

Ritter v. Miklosich erstattet den Bericht.

In der Generaldebatte haben sich zum Worte gemeldet, und zwar gegen das Gesetz: Cardinal Fürst Schwarzenberg und Cardinal Ritter v. Rauscher, für das Gesetz: Ritter v. Hasner und Hofrath Neumann.

Ritter v. Hasner hebt in seiner Rede hervor:

Es ist nicht zu leugnen, daß die ursprüngliche Stiftungsurkunde die Universität als eine Anstalt gegründet hat, welche geradezu durch die Wissenschaft die Aufgabe der katholischen Kirche zu unterstützen berufen sei. Niemand wird das leugnen.

Allein es ist eigenthümlich, daß die Gründer und Regenten, trotzdem in der Stiftungsurkunde dieser Charakter der Universität beibehalten war, vielfache Aenderungen an dem Rechtszustande vorgenommen haben. Ich stelle mir vor, daß diese Regenten sich mit ihrem Gewissen dabei vollständig in Ordnung gebracht haben.

Was den confessionellen Charakter der Universität anlangt, so hat dieser wenig zu thun mit den Würdenträgern. Das Kanzleramt ist im Laufe der Zeit geradezu illusorisch geworden.

Es ist Thatsache, daß die Universität heute nicht mehr das ist, was sie früher war, und daß es nicht mehr im Interesse eines Berechtigten sein kann einen Schein zu wahren, der in Widerspruch mit der Wirklichkeit steht. Das heutige Gesetz ist kein Kampf gegen die Religion, gegen die Kirche oder gegen irgendein sonstiges Recht und darum werde ich für die Regierungsvorlage stimmen.

Hofrath Neumann sagt untern andern:

Allerdings wurde die Wiener Universität als katholisch-kirchliche Corporation begründet. Sie kann aber heute

als solche nicht mehr aufgefaßt werden, weil sich die Verhältnisse wesentlich anders gestaltet haben.

Meine Herren, wenn es sich heute um die Reform der Wiener Universität handelt, können wir da an das Jahr 1375 anknüpfen? Wir erblicken die Geschichte nicht in rückläufiger, sondern in aufsteigender Linie und es ist geradezu eine Negation der Geschichte, wenn man den lebendigen Fortschritt übersieht.

Ich behaupte mit dem Commissionsberichte, daß die Universitäten ihren kirchlichen Charakter verloren haben und Staatsanstalten geworden sind. Wollte man heute die Sache auf die Spitze treiben, so dürfte kein Protestant, kein Israelite an der Universität studieren oder gar Professor sein. Von alledem ist heute nichts mehr der Fall, weil eben die kirchliche Stiftung sich längst überlebt hat, weil die Universität nicht seit heute oder gestern, sondern seit vielen Jahrhunderten bereits eine Staatsanstalt geworden ist.

Ueber Antrag des Präsidenten wird hierauf die Sitzung wegen vorgerückter Stunde um 3 Uhr 15 Min. geschlossen und bleibt dem zum Wort vorgemerkten Hofrath Dr. Rokitschky das Wort für die nächste Sitzung vorbehalten.

Parlamentarisches.

Die Verathung des Staatsvoranschlages im Finanz-Ausschusse des Abgeordnetenhauses wickelt sich schnell ab. Das Budget des Ackerbauministeriums wurde erledigt, vor diesem noch der Theil-Voranschlag „Allerhöchster Hofstaat“ conform der Regierungsvorlage mit 4,640.000 fl. und im Extra-Ordinarium mit 1,500.000 fl.

Für den Bau des neuen Parlamentshauses wurden vorläufig 100.000 fl. eingestellt.

Der Titel: „Dispositionsfond“ wurde conform der Regierungsvorlage mit 500.000 fl. im ordentlichen Erfordernis genehmigt.

Der Bericht des Finanz-Ausschusses über den von der Regierung vorgelegten Central-Rechnungsabschluß, betreffend den Staatshaushalt für das Jahr 1871, liegt bereits vor. Der Finanzausschuß stellt folgenden Antrag:

„Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Central-Rechnungsabschluß über den Staatshaushalt der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder für das Jahr 1871, welcher als Gesamt-Erfolg der realen Staatsausgaben des Jahres 1871 bei den ordentlichen Ausgaben eine Summe von 294,259.290 Gulden 44 1/2 kr., bei den außerordentlichen Ausgaben eine Summe von 48,689.046 fl. 9 kr. und bei den Ausgaben für Rechnung von auf den Voranschlag des Jahres 1871 übertragenen Creditresten des Jahres 1870 2,597.094 fl. 72 kr., zusammen ein Gesamt-Erfordernis von 345,645.431 fl. 25 1/2 kr., dann als Gesamt-Erfolg der realen Staatseinnahmen, und zwar: an ordentlichen Einnahmen 327,816.995 fl. 32 kr., an außerordentlichen Einnahmen 28,479.989 fl. 5 1/2 kr., zusammen 356,296.984 fl. 37 1/2 kr., somit einen Ueberschuß von 10,651.553 fl. 12 kr. nachweist, wird genehmigt und der Regierung diesfalls das Absolutorium im verfassungsmäßigen Wege ertheilt.

Das Ministerium wird aufgefordert, in Einkunft mit jedem Rechnungsabschluß einen Nachweis über den Werth der am Schlusse des Jahres vorhanden gewesenen Bestände der Tabaks-Verwaltung: Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate, zum Kostenpreise berechnet, vorzulegen.“

Aus dem ungarischen Reichstage.

(Schluß der Rede Sr. Excellenz des Herrn Ministerpräsidenten.)

Diesbezüglich bemerkte der g. Herr Abgeordnete Hely zu Beginn der Debatte, daß wenn wir diese Ausgaben nicht gemeinsam tragen würden, wenn wir es nicht liebten, die Rolle einer Großmacht zu spielen, wir unsere Diplomatie und Konventionen bescheiden derart einrichten könnten, daß wir im Stande wären, die Kosten für dieselben wesentlich zu reducieren. Gegenüber dieser Behauptung möge mir der g. Herr Abgeordnete erlauben, meine unerschütterliche Ueberzeugung dahin auszusprechen (Hört, Hört!), daß der Bestand der Existenzberechtigung der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie nur so lange dauert, als sie im Stande sein werden, ihren Bestand aus eigener Kraft zu beschützen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) In jener Stunde, in welcher der Glaube der europäischen Staaten erschüttert würde, daß diese zwei vereinigten Staaten als Großmacht bestehen können, in jener Stunde werden die Grundlagen derselben erschüttert, es tritt der Zusammensturz ein, nach welchem das Gebiet, welches wir jetzt mit Stolz Ungarn nennen, wohl blühend, gesegnet, reich von Menschen bewohnt sein kann, von glücklichen, freien Menschen: — aber Ungarn wird es nicht sein. (Lang anhaltende lebhafteste Zustimmung rechts, Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Daher glaube ich, daß es nicht vor uns abhängt, die Kosten für unsere Landwehrinstitution — ich verstehe hierunter die gemeinsame Armee und die Konventionen — wesentlich zu reducieren; daß in einer Zeit, in welcher unsere Nachbarn und ganz Europa die Behr- und Angriffskraft in riesigem Maße vergrößern, wir auch nicht zurückbleiben können (Zustimmung rechts), es sei denn, wir wollten uns in jenen Träumen wiegen, daß wir für den Fall, daß wir einmal angegriffen würden, unseren Ahnen gleich den blutigen Degen herumtragen lassen, uns aufs Pferd setzen und den Feind aus dem Lande treiben. So können wir hier also wenigstens vorläufig keine großen Ersparnisse hoffen. (Rufe rechts: So ist es!)

Ein Lieblingsgegenstand des Abgeordnetenhauses ist die Kostspieligkeit der Centralverwaltung, die große Anzahl der Beamten (Rufe links: Hört! Hört!), das complicierte System. Es werden Vergleiche angestellt zwischen der heutigen Administration und der, wie sie vor dem Jahre 1848 war, wie auch zwischen dem Personalstande derselben; man vergleicht ferner Ungarn mit Oesterreich.

Jene Herren aber, die diese Vergleiche anstellen, vergessen, daß vor dem Jahre 1848 die ungarische Regierung kaum die Hälfte so viel zu thun hatte, als sie heute hat (Beifall rechts); sie vergessen, daß die Aufgaben und Agenden der Centralverwaltung in demselben Verhältnisse zunehmen, in welchem sich das Land entwickelt, in welchem es kultiviert, civilisiert und reich wird, und daß dann auch das System immer complicierter wird (Beifall rechts), und indem sie Oesterreich mit Ungarn vergleichen, vergessen sie, daß dort neben der Centralverwaltung, d. i. neben den Ministerien oder besser diesen untergeordnet, wenn ich nicht irre, 16 Statthaltereien sind, die mehr als zwei Drittheile jener Agenden erledigen, deren Erledigung bei uns einzig und allein dem Ministerium zufällt (Beifall rechts); sie vergessen endlich, daß in einem Staate, der gänzlich von neuem organisiert wird, nicht nur die Masse der Agenden eine viel größere ist als anderswo (Beifall rechts), sondern daß auch jene Personen, die diese Agenden zu er-

ledigen haben, der Praxis und Erfahrungen entbehren, und daher kann die Frage, daß die Centralverwaltung bei uns gar so außerordentlich theuer ist, als ein billiger Vorschlag betrachtet werden. (Rufe rechts: Es ist! Wahr! Widerspruch links.)

Ich will durchaus nicht behaupten, daß wir auf diesem Gebiete keine Reformen einführen könnten, daß vielleicht selbst die Anzahl der Beamten nicht herabgemindert werden könnte. Das behaupte ich nicht. Aber wenn wir die jetzige Zahl der Beamten vermindern, müssen wir den Gehalt der Bleibenden erhöhen. (Allseitiger, lebhafter Beifall.)

Hierauf ging Redner die einzelnen Ministerien für sich durch und kam endlich zu dem Schlusse, daß durch Ersparungen allein das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht hergestellt werden könne; hierzu biete sich ein anderer Weg, die Aufnahme eines Anlehens. Hier stimmt Redner ganz mit dem Finanzausschusse überein, daß man für Ausgaben im Interesse der Zukunft auf die Zukunft belasten könne.

Ein drittes Mittel zur Deckung der Ausgaben ist der Verkauf des Staatsvermögens. Daß hiefür noch nicht der rechte Moment gekommen sei, glaubt Redner in Uebereinstimmung mit der Finanzcommission. Also bleibe nur die Erhöhung der Steuern. Ueber Art der Steuererhöhung werde der Finanzminister seine Zeit ausführlicher sprechen.

Zur Action in Preußen.

Die „Prov.-Corresp.“ bemerkt über die erste Verathung der kirchlich-politischen Vorlagen in Preußen: „Daß die gegenwärtigen Verathungen im Vergleich mit früheren Erörterungen über kirchliche Freiheiten einen wichtigen Fortschritt erkennen lassen; die malige radicale Forderung einer absoluten Trennung von Kirche und Staat ist fast vollständig verstanden gegenüber dem Bewußtsein, daß es ausgedehnte freie Gebiete gibt, auf welchen ein Zusammenwirken von Staat und Kirche unerlässlich und deshalb die Regierung ihres Nebeneinanderseins geboten ist. Was die katholische Bevölkerung betrifft, so macht der Minister klar, daß die jetzigen Verathungen gewiß nicht dazu helfen könnten, gegenwärtig irgend eine Verständigung mit den Vertretern der römisch-kirchlichen Politik beizuführen. Die beabsichtigten Gesetze können für Augenblick den vorhandenen Gegensatz unzerstörbar machen; dagegen darf sich die Regierung der Zukunft hingehen, daß auf dem Boden, welchen diese Gesetze schaffen sollen, in Zukunft eine Saat kirchlichen Friedens aufgehen werde.“

Der vom königl. Minister des Innern dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Betheiligung der Staatsbeamten bei der Verwaltung von Erwerbsgesellschaften lautet:

§ 1. Unmittelbare Staatsbeamten, welche aus der Staatskasse eine fortlaufende Besoldung oder Ration beziehen, dürfen ohne Genehmigung des gesetzten Ressort-Ministers nicht Mitglieder von Gesellschaften, Aufsichts- oder Verwaltungsräthen auf unrichteter Gesellschaften sein. Die Genehmigung ist fortan zu versagen, wenn die Mitgliedschaft mittelbar oder unmittelbar mit einer Remuneration oder mit einem anderen Vermögensvortheile verbunden ist. § 2. Solche unmittelbaren Staatsbeamten, welche nach der Natur ihres Amtes neben der Besoldung, welche sie aus Staatskassen beziehen, noch auf einen anderen Erwerb hingewiesen sind (Medicinalbeamte u. s. w.), kann die

feniſſeton.

Plat um Plat

oder:

Die Regimenter Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Mildenner.

(Fortsetzung.)

Die Herzogin von Polignac benützte diesen Moment und richtete einen unruhig fragenden Blick auf den Prinzen. Die Antwort, die dieser ihr in gleicher Weise gab, ließ keinen Zweifel über den Sinn zu, der seinen Worten beizulegen war.

Frau de Polignac führte ihn in eine Fensternische. „Der König will sie nicht sehen?“ sagte sie mit leiser Stimme.

„Leider nicht,“ erwiderte der Prinz. „Gerade als ich Sr. Majestät von der Sache in Kenntnis setzen wollte, kam der Herzog de Bellisle dazwischen und schnitt mir das Wort ab. Er erstattete Sr. Majestät über das Duell Bericht, was er in den schwärzesten Farben that. Der König gerieth in großen Zorn und erklärte, daß er einsehe, wie nöthig ein abschreckendes Beispiel sei, und daß er es geben wolle.“

„Armer junger Mann! Arme Gabriele!“ seufzte die Herzogin.

„Trotz des Unmuthes Sr. Majestät,“ fuhr der Prinz fort, „nahm ich es auf mich, von Frau de Castris und ihrer Tochter zu sprechen und den König um die Erlaubnis zu bitten, ihm die beiden unglücklichen

Damen vorstellen zu dürfen. Aber er lehnte es entschieden ab. „Gott bewahre!“ rief er, „hüten Sie sich wohl! Ich wäre im Stande, mich rühren zu lassen, und dies darf nicht sein, denn es muß ein Beispiel statuiert werden!“

„Sind dies die Worte des Königs?“

„Ja.“

„Nun wohl, Prinz, dann sündigen Sie darauf hin und stellen Sie die Damen dem König vor.“

„Wo denken Sie hin, Frau Herzogin?“

„Hat der König nicht selbst gesagt, daß er im Stande wäre, sich rühren zu lassen? Dasselbe ist dann Ihnen geschehen, Sie konnten einem solchen Jammer gegenüber nicht kalt bleiben, konnten den Thränen und Bitten dieser Unglücklichen nicht widerstehen. Was für eine Gefahr laufen Sie übrigens dabei? Ein schmollendes Gesicht, welches Ihnen der König ein paar Tage lang machen wird, ein Vorwurf, das ist alles. Und schließlich wird Ihnen der König sogar noch danken, daß Sie ihn abhielten, einen jungen, braven Offizier so grausam bestraft, das Lebensglück eines lebenswürdigen Mädchens zerstört zu haben.“

„Meiner Treu! Sie haben recht, Frau Herzogin,“ erwiderte der Prinz nach kurzem Besinnen. „Der König soll die Damen sehen.“

Und sich an Frau de Castris und Gabriele wendend, deren Hände er ergriff, fügte er hinzu:

„Fassen Sie Muth, Madame — stillen Sie Ihre Thränen, mein Fräulein. Der König wird erst um 11 Uhr nach der Messe abreisen. Finden Sie sich morgen in der großen Galerie ein, wenn Sr. Majestät aus der Kapelle in sein Cabinet geht; ich hoffe, daß ich Sie,

der königlichen Ungnade zum Trotz, in den Stand setze werde, mit dem Könige zu sprechen.“

Am andern Morgen waren die Marquise und Gabriele am bezeichneten Plage. Die Menge von Herren und Damen, welche das Vorbeikommen des Königs warteten, betrachteten mit Ueberraschung die beiden bekannten, deren Trauergewänder einen so auffälligen Contrast mit den bunten, kostbaren Toiletten bildeten, die ringsum zu sehen waren.

Man erkundigte sich mit Neugierde nach ihren Namen, zischelte sich die verschiedenartigsten Vermuthungen über die Motive ihrer Anwesenheit ins Ohr, man ihnen aber überall Plag, da selbst der Frivolste vor ihnen zwei lebenden Bildern des Schmerzes und der Ehrfurcht empfand.

Bald darauf öffnete sich die Flügelthüre am anderen Ende der Galerie. Ein vorausgehender Ceremonienmeister pochte mit seinem Esponon dreimal auf die Platten des Fußbodens und gab damit das Zeichen, daß der König sich nahe.

Die Höflinge drängten sich nun zurück, um Platz zu bilden; das Geräusch der murmelnden Stimmen verstummte und der König erschien in Begleitung des kleinen Cortège. Er schritt zwischen den Reihen der sich tief verneigenden Menge durch und gab sich die Galerie entlang nach seinen Gemächern.

Ihm zur Linken ging der Marschall Bellisle, ihm ohne Zweifel sehr wichtige Dinge mitzutheilen hatte, wie wenigstens aus dem Eifer zu entnehmen war, mit welchem er halblaut in den König hineinsprach. Zur rechten Sr. Majestät befand sich der Prinz

nehmung, auch wenn mit der Mitgliedschaft ein Vermögensvorteil verknüpft ist, erteilt werden, sofern die Uebnahme der letzteren nach dem Ermessen des vorgesetzten Ressort-Ministers mit dem Interesse des Staatsdienstes vereinbar erscheint. § 3. Die erteilte Genehmigung ist jederzeit widerruflich."

Die mittel-asiatische Frage,

d. h. die Stellung Rußlands in Mittel-Asien, wird vom russischen „Regierungs-Anzeiger“ in eingehender Weise behandelt. Wir entnehmen dem genannten amtlichen Organe folgende Mittheilungen: „Noch unlängst konnte man mit Genugthuung die ruhigen und gesunden Urtheile und den gemäßigten Ton des größeren Theiles der englischen Zeitungen in Bezug auf die mittel-asiatischen Angelegenheiten wahrnehmen. Nicht ohne einige Verwunderung muß man gegenwärtig constatieren, daß in letzter Zeit von der englischen Presse diese Frage mit besonderer Hartnäckigkeit behandelt wird. Man kann nicht positiv bestimmen, ob diese Hartnäckigkeit einen realen Boden unter sich hat und ob sie die Eindrücke der öffentlichen Meinung richtig wiedergibt, oder ob nicht vielmehr die englischen Zeitungen hierbei von Parteirücksichten oder von dem Wunsche, eine Popularität zu gewinnen, geleitet werden. In jedem Falle muß jedoch constatirt werden, daß die englische Presse keinerlei Veranlassung gehabt hat, eine besondere Aufmerksamkeit den mittel-asiatischen Angelegenheiten zu widmen.“

Die Verhandlungen zwischen dem kaiserlichen und dem britischen Cabinet in den Angelegenheiten Mittel-Asiens bilden keine neue Erscheinung. Sie sind bereits vor drei Jahren aufgenommen worden und hatten vollständig einen sehr einfachen und freundschaftlichen Charakter, welchen sie auch bis zu gegenwärtiger Zeit nicht verleugnet haben. Gleich von Anfang an wurde zwischen den beiden Cabineten ein völliges Einverständnis erzielt in Bezug auf das gegenseitige Verhalten in Mittel-Asien zum Zweck der Befestigung des Friedens daselbst und der Führung der guten Beziehungen zwischen den beiden Cabineten. Sie kamen gleichermaßen zu einer Uebereinstimmung bezüglich der Behandlungsweise der einen wie der anderen Frage bei Erfüllung dieser friedlichen Aufgabe. Es blieb nur die Bestimmung der Grenzen übrig — eine Aufgabe, die bei weitem keine leichte im Hinblick auf die Wirren, welche bisher in diesen äußerst wenig bekannten Gegenden herrschten.

Der zwischen beiden Cabineten stattfindende Gedankenaustausch hat keinen anderen Zweck vor Augen; und hierbei muß nochmals wiederholt werden, daß er den freundschaftlichsten Charakter trägt. In der Denklungsweise beider Cabineten ist keinerlei bedeutende Verschiedenheit entstanden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn dieselben sich einmal in Bezug auf das Ziel verständigt haben, es ihnen nicht schwer sein wird, sich über die praktische Anwendung des beide Seiten in gleicher Weise interessierenden Prinzips zu verständigen."

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 29. Jänner.

Ueber den Stand der Wahlreformvorlage wird der wiener Correspondenz unterm 28. d. Folgendes mitgetheilt: „Vorausichtlich dürfte der Wahlreformentwurf schon in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht werden. Die vollständig ausgearbeitete Vorlage ist Samstag vormittags von der Regierung an die

Beauvais, der seine Blicke über die Anwesenden schweifen ließ, als suche er jemand.

In der That war es Frau de Castries und Gabrielle, nach denen er sich umsah und die er auch bald in der zweiten und dritten Reihe der vor ihnen stehenden Herren und Damen bemerkte.

Er winkte ihnen, sich dem Eingange der kleinen Appartements zu nähern und dort stehen zu bleiben. Gott sei Dank, es gelang ihnen auch, sich durch die compacte Menschenmasse durchzuarbeiten und zu gleicher Zeit mit dem Könige an der Thürschwelle anzukommen.

Um noch unbemerkt zu bleiben, machten sich die beiden Damen kleiner und deckten sich hinter einem breit-

schulterigen Leibgardisten, der hier als Wache stand. Der König lehrte sich unter der Thür nochmals um, verabschiedete mit einer gnädigen Handbewegung den Marquis de Bellisle und seine übrige Begleitung, grüßte dann nochmals in seiner anmuthigen Weise alle Anwesenden und überschritt die Schwelle seines Cabinets.

Dies war der Moment, der von der Marquise de Castries und Gabrielle benützt werden mußte, um mit dem Könige gleichzeitig einzutreten. Der Prinz de Beauvais schob den Gardisten bei Seite, öffnete den beiden Damen einen Durchlaß und drängte sie in das Cabinet, dessen Thür er hinter ihnen schloß.

Das Rauschen ihrer Kleider verräth dem Könige, daß er nicht allein sei. Er lehrte sich erstaunt um und sah die beiden Trauergestalten, die in diesem Augenblicke ihm zu Füßen fielen und wie aus Einem Munde das Wort „Gnade“ riefen.

(Fortsetzung folgt.)

kaiserliche Cabinetkanzlei abgegeben worden, und steht zu erwarten, daß der Kaiser im Laufe des morgigen Tages den Minister Baron Lasser zum Vortrage entbieten wird. Geschieht dies, so wird die Vorlage, ohne vorher deren Drucklegung abzuwarten, sofort im Abgeordnetenhause eingebracht werden. — Der große Ministerrath, welcher am 26. d. in Osn unter Vorsitz Sr. Majestät stattfand, galt der Militär-grenzfrage. Dem „Pester Lloyd“ zufolge wurden umfassende Beschlüsse gefaßt, welche die schnellste, ruhigste und vollständige Einverleibung der Militärgrenze bezwecken und durch welche den künftigen Agitationen der Nationalen durch möglichst Befriedigung der Bevölkerung der Boden entzogen werden soll. „Pester Lloyd“ hofft, daß dies gelingen werde; wir glauben, daß sanguinische Erwartungen nicht am Plage sind.

Die „Reform“ bespricht die österreichische Wahlreform und tadelt entschieden die Haltung des Polen-Klubs. Die Polen können keine unglücklichere Politik treiben, als wenn sie striken und sich von ihren moskowitischen Freunden Kiezer und Thun ins Schlepptau nehmen lassen. — Die Deat-Partei beriet die Regierungsvorlage, wonach die Personal-Erwerbssteuer um zwei Millionen erhöht werden soll.

Dem deutschen Bundesrathe ist der Entwurf einer Reichs-Strasprozeß-Ordnung zugegangen. — Württemberg und Baden haben den Einspennig-Tarif für Kohle und Coals angenommen; Baierns Zustimmung ist noch ausstehend.

Die Dreißiger-Commission in Versailles zog das Amendement Duchatels in Erwägung, welches dem Präsidenten der Republik das Recht zugesetzt, nur bei Interpellationen über die auswärtige Politik in der National-Versammlung zu erscheinen. Ebenso wurde das Amendement Broets in Erwägung gezogen, welches dahin geht, daß der Präsident bei Interpellationen über die allgemeine Politik in der National-Versammlung angehört werden könne; die National-Versammlung wird von Fall zu Fall über das diesbezügliche Verlangen des Präsidenten entscheiden. Die Commission wird mit der Regierung über die Amendements Duchatels und Broets berathen. — Die Dreißiger-Commission beriet hierauf die von Ernoul beantragte neue Redaction des Artikels 3, wonach die Dreißiger-Commission beauftragt bleibt, weiterhin der National-Versammlung einen Gesetzentwurf wegen Errichtung einer zweiten Kammer vorzulegen, welche jedoch erst nach erfolgter Auflösung der gegenwärtigen National-Versammlung in Wirksamkeit zu treten habe. Diese Commission wird sich mit der Wahlgesetz-Commission vereinigen, um ein Wahlgesetz auszuarbeiten. Der erste Theil des von Ernoul beantragten Artikels 3 wurde angenommen. Morgen wird der zweite Theil beraten und auch wegen einer Conferenz mit der Regierung über die Amendements Broets und Duchatels Beschluß gefaßt werden.

Ueber die Laurion-Frage wird der „Times“ aus Paris gemeldet; „Die Regierungen von Frankreich und Italien haben die freundschaftliche Intervention Oesterreichs angenommen, welches hofft, die griechische Regierung zu veranlassen, das Schiedsgerichtshyem zu adoptieren. Sollte die österreichische Regierung hierin nicht reussieren, so haben, wie es heißt, die Regierungen von Frankreich und Italien beschlossen, zu einer Entscheidung zu gelangen, und es wird hinzugefügt, daß sie sofort ihre Vertreter in Athen abberufen wollen.“

Ein neues türkisches Anlehen im Betrage von 250 Millionen steht in Sicht. Der türkische Finanzminister bedarf dieser Anlehen zur Zahlung der Zinsen der Staatsschuld. Da aber die Türkei ihren Gläubigern bei Aufnahme von Anlehen in der Regel andere Zwecke als die eigentlichen angibt, so wird auch das 250-Millionen-Gulden-Anlehen nicht als Staatsschuld, sondern „zum Ausbau des anatolischen Eisenbahnnetzes“ aufgenommen werden. Ob dieses Anlehen England, Frankreich oder Oesterreich zugebacht werden soll, darüber konnte sich die türkische Finanzverwaltung in Anbetracht ihrer jüngsten Schuldaufnahme noch nicht entscheiden; nur so viel ist gewiß, daß sie das Geld noch im laufenden Jahre braucht.

Aus Madrid wird unterm 25. d. M. telegraphisch gemeldet, daß der Bericht der Commission zur Abschaffung der Sklaverei beendigt ist. Der Entwurf autorisiert eine Emission von 30 Millionen Pesetas zur Schadloshaltung der Sklavensitzer. Die vollständige Abschaffung der Sklaverei wird vier Monate nach Verkündung des Gesetzes in der „Gaceta“ von Madrid vollzogen sein. Der Entwurf führt vollständige Arbeitsfreiheit ein. Cardale soll ein Amendement vorlegen, das den Entwurf der Commission in liberalerem Sinne erweitert.

Ueber den Agrar-Congreß,

der vor kurzer Zeit in Wien tagte, bringt die „Neue Wochenschrift für Politik und Volkswirtschaft“ nachstehenden Bericht:

„Die diesmaligen Aufgaben des Agrar-Congresses waren außerordentlich zahlreich. Mehrere Wahrnehmungen verdienen indes besondere Hervorhebung. Vor allem ist es erfreulich, zu constatieren, daß diesmal alle Lan-

der und Nationalitäten gleichmäßig in dem Agrar-Congreß vertreten waren. Czechen und Polen, Slovener und Italiener tagten in vollkommener Eintracht neben einander mit den Deutschen und wenn bei einigen Anlässen auch Streiflichter auf das politische Gebiet hinüber geworfen wurden, so beleuchteten dieselben doch nur warm und hell die Zusammengehörigkeit der Interessen, ohne die mindeste Missstimmung. Es ist dies ein Zeichen der Zeit, welches Beachtung verdient. Die Anerkennung bricht sich mehr und mehr Raum, daß es eine Gemeinsamkeit für die verschiedenen Nationalitäten unseres Vaterlandes gibt, welcher sich keine entziehen kann; es ist dies die Staatswirtschaft. Gerade in der Thätigkeit des Ackerbauministeriums offenbart sich am deutlichsten nicht bloß die Nothwendigkeit, sondern auch die Wirksamkeit eines gemeinschaftlichen Bandes für alle Länder der Krone Oesterreichs.“

Die Verhandlungen des Agrar-Congresses haben es unwiderleglich dargethan, daß die Landeskultur der Fürsorge einer starken Regierung bedarf, wenn sie sich erfolgreich weiter entwickeln soll, wie sie begonnen hat. Und so darf man denn auch der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die hochbegabten Männer, die an dem Congresse theilgenommen haben, von demselben mit durchaus wohlwollenden Gesinnungen gegen die bestehende Regierung geschieden. Wenn auch kein anderes Resultat erreicht worden wäre, so dürfte doch schon dieses als groß gelten. Das eben ist die Hauptwirkung solcher gemeinsamen Berathungen, daß sie die Geister und Herzen der Vertreter näher und somit ein Samen Korn legen, das gewiß hundertfältig Früchte tragen wird. Diese Stimmung wurde immer lebhafter, je näher das Ende der Verhandlungen rückte. Alle, ohne Ausnahme, waren befriedigt von dem gethanen Werk und warfen hoffnungsvolle Blicke in die Zukunft des Standes sowohl wie des Staates. Und so dürfen wir daselbe thun. Schließlich können wir nicht umhin, der musterhaften Leitung des Congresses von Seite des Ackerbauministers Ritters v. Ehlumeth zu gedenken, der mit Umsicht, Unparteilichkeit und seltenem parlamentarischen Takte die Debatten zu leiten und aus einander zu wickeln verstand. Er hat mit diesem Congreß einen Sieg errungen und sich lebhafteste Sympathie erworben.“

Tagesneuigkeiten.

— (Kaiserin-Mutter von Brasilien †.) Ihre Majestät die Kaiserin Amalie Auguste Eugenie Napoleone Herzogin von Braganza, geboren den 31. Juli 1812, des verstorbenen Herzogs von Leuchtenberg, Fürstin von Eichstädt, Tochter, zweite Gemahlin des Kaisers Dom Pedro I. von Brasilien, der am 24. September 1834 als König von Portugal in Lissabon starb, und Stiefmutter des jetzt regierenden Kaisers von Brasilien Dom Pedro II. ist gestorben.

— (Der Klerus in Trien.) Dieser Tage beherbergte das Kloster der Franciscaner in Wien den Bischof von Parenzo, Monsignor Dobrilla; derselbe hatte vor einigen Tagen Audienz beim Kaiser und bat an den Stufen des Thrones um Militärbefreiung für studierende katholische Theologen.

— (Himbeeren im Winter.) Heinrich von Guttmann, Official erster Klasse beim obersten Gerichtshof in Pest, hat am 28. Dezember v. J. Ihrer Majestät der Kaiserin einen Strauß Himbeeren, welche einige Tage zuvor im toth-falauer Walde aufgelesen wurden, nach Gb. bölls gesandt.

— (Cholera.) Nach amtlichen Meldungen sind bis zum 23. d. in Ungarn während der ganzen Dauer der Cholera-Epidemie 19.564 Personen an der Cholera erkrankt. Von diesen sind 10.719 genesen, 7853 gestorben und 982 in weiterer Behandlung verblieben.

Locales.

Die neuen Maße und Gewichte.

Für unsere Lehr- und Vorkreise ist es von großem Interesse, jene Vorkreislungen kennen zu lernen, welche von Seite des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht in Absicht auf die neuen österreichischen Maße und Gewichte bis jetzt getroffen wurden. Die „Austria“ theilt hierüber Folgendes mit:

„Die nächste Aufgabe war, die Rechenbücher für die Volksschulen, welche im wiener k. k. Schulbücherverlage herausgegeben werden, mit den Bestimmungen der neuen Maß- und Gewichtsordnung in Einklang bringen zu lassen. Diese Aufgabe ist nun bezüglich der deutschen Ausgabe der bezeichneten Rechenbücher ganz, bezüglich der böhmischen und slovenischen Ausgabe nahezu gelöst. Diese Lehrtexte erfreuen sich eines überaus großen Absatzes für den Gebrauch der Volksschulen. Was die Ausgabe der Rechenbücher in andern Sprachen als: polnisch, ruthenisch, romanisch, italienisch, kroatisch und serbisch anbelangt, so ist dieselbe, auf Grund des deutschen Originals bearbeitet, in Vorbereitung. Bis zum Zustandekommen dieser Uebersetzungen werden die vorhandenen Rechenbücher mit einem Anhang, enthaltend die Belehrung über die neuen Maße und Gewichte, versehen. Zur Belehrung der Volksschullehrer wurde das Handbücklein „Die neuen österreichischen Maße und Gewichte und das Rechnen mit denselben,“ mit besonderer Rücksicht auf die Schule dargestellt von Dr. Franz Ritter v. Moßail“ im wiener Schulbücherverlage herausgegeben und wird dieses

Büchlein allgemein zur Anschaffung empfohlen. Ueberdies wurde der Text der neuen Maß- und Gewichtsordnung den im Schulbuchverlage befindlichen „Anleitungen zum Gebrauche des zweiten, sowie des dritten Rechnungsbuchs“ (deutsch, böhmisch und slovenisch) eingefügt. Nebstdem hat das Unterrichtsministerium die nachbenannten drei bildlichen Darstellungen der neuen Maße und Gewichte, nämlich: „Swoboda-Hartinger, die fünf Maßeinheiten des metrischen Systems“; „Matthey-Guenet, das neue österreichisch-metrische Maß und Gewicht“, und „Günter-Pichler, das metrische Maß, seine Theile und deren gegenseitige Werthe in ihren Beziehungen zum Wiener Maße“, den Volks- und Mittelschulen zur Anschaffung empfohlen, sowie von Swoboda's Tafel 1000, von Matthey-Guenet's Tafel 2000 Exemplare behufs unentgeltlicher Vertheilung an die ärmeren Volksschulen angeschafft. Die Vertheilung geht, mit Berücksichtigung aller Länder, soeben vor sich. Selbstverständlich sind die Vorkehrungen für die Volksschulen zur Belehrung über das neue Maß- und Gewichtssystem mit dem oben Angeführten nicht abgeschlossen.

— (Der Elisabeth-Kinderspital-Ver- ein) hielt am 28. d. M. seine siebente Generalversammlung. 1. Der Vorsitzende — Obmanns-Stellvertreter Herr Dr. Bod — referierte über die Geldgebarung; die Einnahmen beliefen sich auf 5028 fl. 33 kr., die Ausgaben auf 5312 fl. 68 kr. 2. Die anwesende Frau Gräfin Sofie Auersperg, k. k. Landespräsidentengattin, wurde ersucht, die Stellvertretung der obersten Schutzfrau dieses Vereines — Ihrer Majestät der durchlauchtigsten Kaiserin Elisabeth — zu übernehmen; Frau Gräfin Auersperg sicherte die Annahme dieser Ehrenstelle in der zuvorkommendsten, freundlichsten Weise zu. 3. Hiernach wurden noch mehrere Damen zu Schutzfrauen des Kinderspitals ernannt. 4. In den Verwaltungsrath wurden die früheren Mitglieder desselben gewählt, als: die Frauen Magdalena Bunzler, Pauline Bössner, Edle v. Ehrenthal, Fräulein Josefine von Raab, die Herren Dr. Emil Bod, Dr. Friedrich Reesbacher, Dr. Wilhelm Kovac, Karl Leskovic, Lorenz Mitusch, Albert Ramm, Dr. Josef Suppan und als Rechnungsrevisoren die Herren Josef Kordin und Mathias Treun. 5. Frau Gräfin Sofie Auersperg stellte den Antrag: „Es möge zum besten des Elisabeth-Kinderspitals in der Fastenzeit eine Dilettanten-Theater-Vorstellung arrangiert werden, durch welche ein günstiges Resultat zu erwarten wäre.“ Der Verwaltungsrath acceptierte diesen Antrag und wird zur Ausführung desselben die geeigneten Schritte machen.

— (Bei der Sammlung) für die alte kranke Mutter des verstorbenen Dichters Simon Jenko sind 74 fl. 70 kr. eingegangen.

— (Die Citalnica in Reifnitz) veranstaltet am 2. k. M. zu Ehren Bodniks eine Feste.

— (Unglücksfall.) Am 22. d. fiel der Knecht Franz Pohnstlar aus Ladia Haus-Nr. 13, Bezirk Umgebung Laibach, am Rückwege von Laibach über Zwischenwässern in den Baierfluß. An jener Stelle wo der genannte Mann ins Wasser fiel, waren im Schnee Spuren zu sehen; es fanden sich dessen Hut, Regenschirm und ein Sack mit mehreren in Laibach eingekauften Sachen vor. Der Leichnam wurde bisher noch nicht aufgefunden.

— (Zur Wahlreform.) Die „Nr. 3. Pr.“ meldet: „In den letzten Beratungen des Ministeriums, welche der Codificierung der Wahlreform galten, sind die aus den Kreisen der Verfassungspartei geltend gemachten Wünsche betreffs Normierung der Abgeordnetenzahl und Feststellung der Wahlkreise der eingehendsten Erörterung unterzogen worden. Hiedurch ist, obwohl an der Gesamtzahl der Abgeordnetenzahl von 341 festgehalten wurde, neuerdings manches in dem Entwurfe geändert worden. So erscheinen die Petitionen einzelner Handelskammern um eine selbständige Vertretung im Reichsrathe thätigst berücksichtigt, und es werden vereint mit den Städten nun die Gemeinden von Linz, Salzburg, Bozen, Innsbruck, Rovereto, Görz, Novigno, Laibach und Czernowitz wählen. Für Krain

sollen statt neun Abgeordneten deren zehn in Vorschlag gebracht werden. Auch die liberalen Vertrauensmänner bekräftigten bei den mit der Regierung abgehaltenen Conferenzen zehn Abgeordnete. Der zehnte Abgeordnete wird auf die Gruppe der Landgemeinden entfallen, so daß diese statt vier Abgeordnete fünf wählen werden, und zwar je einen: 1. Die Bezirkshauptmannschaften Laibach und Vitai; 2. die Bezirkshauptmannschaften Treffen mit Gottschee und Reifnitz; 3. die Bezirkshauptmannschaften Rudolfswerth, Tschernembl und Gurktal; 4. die Bezirkshauptmannschaften Krainburg und Radmannsdorf; 5. die Bezirkshauptmannschaften Adelsberg und Planina. Im Wahlkreise Treffen, Gottschee und Reifnitz ist die Wahl eines verfassungstreuen Candidaten nicht unmöglich, so daß die verfassungstreue Partei mit Sicherheit auf fünf Abgeordnete rechnen kann.

— (Für Rentenschein-Besitzer.) Die Administration der allgemeinen Versorgungsanstalt hat beschlossen, das vollständige Verzeichnis aller jener Interimscheine, welche sich im vorhergehenden Jahre ohne Hinzutun des Theilnehmers durch Verlosung oder Aufschreibung ergänzt haben, in der am 1. Februar laufenden Jahres erscheinenden Nummer der amtlichen „Wiener Zeitung“ zu veröffentlichen.

— (Für die Wiener Weltausstellung) wären noch Instrumente folgender Gattung erwünscht: 1. Aeltere Klaviere und Flügel der einst hochgeschätzten wiener Firmen: Nanette Streicher, Walter, Schanz, Konrad Graf, Brodmann, Leschen, Deutschmann. 2. Phys. Harmonicas von dem Erfinder dieses Instrumentes Anton Hüdel in Wien (1820 bis 1830) oder von seinem Zeitgenossen Deutschmann, nebst den verschiedenen ältern Abarten der Physharmonica, Glasharmonica, Stahlharmonica etc. 3. Aeltere, ausgezeichnete schöne Exemplare von Streichinstrumenten, Harpfen und Guitarren österreichischer Fabrication. 4. Von ältern, selten gewordenen Blasinstrumenten: Exemplare der ersten von J. Weidinger in Wien (1801) erfundenen Klappentrompeten, der ersten Natur-, Klappen- und Ventilhörner, der von Böhm (gestorben 1811 in Prag) durch Hinzufügung der fünften Klappe vervollkommenen Clarinette etc. 5. Exemplare besonders interessanter älterer Nationalinstrumente, z. B. des Zimbal, der Bergmannsleier etc. — Wir machen hiemit die Besitzer solcher Instrumente auf diese Notiz aufmerksam.

— (Auf der Südbahn) wurden im Monate Dezember 1872 befördert 390.789 Personen und 6.955.075 Zentner Frachten; die Einnahmen in diesem Monate beliefen sich auf 2.788.567 fl. Die Gesamteinnahme im Jahre 1872 betrug 33.873.750 fl.

— (Von der Kronprinz Rudolfbahn.) Die General-Direction bringt zur Kenntnis, daß der Verkehr der gemischten Züge Nr. 5 (Abfahrt Villach 4 Uhr 45 Min. früh) und Nr. 6 (Abfahrt Kleinreifling 5 Uhr früh) auf der Strecke Kleinreifling-Villach, sowie jener der Anschlußzüge Nr. 51 (Abfahrt Amstetten 2 Uhr 10 Min. früh) und Nr. 58 (Abfahrt Kleinreifling 10 Uhr abends) auf der Strecke Kleinreifling-Amstetten vom 30. Jänner l. J. an eingestellt wird. Von demselben Tage an wird jedoch die Personenbeförderung auf der Strecke Selzthal-Unzmarkt mit den Anschlüssen nach Leoben resp. an die Südbahnzüge täglich durch Frachtzüge mit Wagen III. und IV. Klasse nach separat kundgemachter Fahrordnung vermittelt.

— (Theaterbericht vom 29. d.) „Undine“ füllte zum zweitenmale das Haus. Vorherging angenehme, leichtsaftliche und zum Herzen dringende Musik, die gute Aufführung und prachtvolle Inszenierung werden im Verlaufe der Saison die liebliche Oper wohl noch einige male auf das Repertoire setzen. Das Publicum spendete der vorzüglichen Aufführung großen Beifall. Die Herren Aufim (Hans) und Stoll (Beit) überraschten uns beim Liede „Im Weine ist Wahrheit“ mit einer auf die Nachsicht des Publicums appellierenden Zusatzstrophe, welcher ein nicht enden wollender Applaus folgte.

— (Aus dem Amtsblatte.) Verordnung betreffend die Ausfertigung einiger Rechtsgeschäfte. — Con-

curs betreffend die Besetzung einer Bezirkssecretärstelle. — Kundmachungen betreffend 1. die Verleihung von Gehaltsstipendien; 2. die Herstellung mehrerer Straßenbauten.

Neueste Post.

Wien, 28. Jänner. Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben in den letzten Tagen an den Folgen einer Verkühlung gelitten; schon gestern ist entschiedene Besserung eingetreten, die sich heute nach einer guten Nacht wesentlich befestigt hat. Aus Prag ist keine beunruhigende Nachricht über das Befinden Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand eingegangen. Sr. Majestät sind den Beschwerden des hohen Alters ausgeglichen und ziehen sich vor den schädlichen Einflüssen der Witterung gegenwärtig noch strenger zurück als früher.

Rom, 28. Jänner. Ein heute veröffentlichtes Decret verordnet die theilweise oder gänzliche Expropriation von sechzehn Klöstern in Rom aus öffentlichen Rücksichten. Der entsprechende Werthbetrag wird in großen Schuldbüchern eingetragen.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 29. Jänner.

Papier-Rente 67.30. — Silber-Rente 71.65. — 1868 Staats-Anlehen 103.50. — Bank-Actien 962. — Credit-Anlehen 331.50. — London 108.96. — Silber 107.25. — R. t. Ducaten —. — Napoleon'sdor 8.67 1/2.

Handel und Volkswirtschaftliches

Laibach, 29. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Getreide und 3 Wagen mit Heu (35 1/2) Durchschnitts-Preise.

	Wt.	Wt.		Wt.	Wt.
	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Regen	6 20	7 12	Butter pr. Pfund	44	—
Roth „	3 80	4 16	Eier pr. Stück	2	—
Gerste „	3	3 21	Milch pr. Maß	10	—
Hafer „	1 90	2 6	Rindfleisch pr. Pfd.	24	—
Halbschmalz „	—	5	Kalbsteisch „	30	—
Heiden „	3 10	3 37	Schweinefleisch „	26	—
Hirse „	3 10	3 21	Schöpfenfleisch „	18	—
Kukuruz „	—	3 74	Hühner pr. Stück	35	—
Erdäpfel „	1 80	—	Läuben „	18	—
Linzen „	5 50	—	Heu pr. Zentner	1 85	—
Erbsen „	5 60	—	Stroh „	95	—
Fisolen „	4 90	—	Holz, hart, pr. Kst.	—	—
Rindschmalz Pfd	54	—	weiches, 22	—	—
Schweinschmalz „	40	—	Wein, roth, Eimer	—	—
Speck, frisch „	30	—	weißer „	—	—
— geräuchert „	42	—			

Angekommene Fremde.

Am 28. Jänner.

Hotel Elephant. Graf Barbo, Kriekenbach. — Fassin und Lufan, Besitzer, St. Veit. — Scherer, Katschach. — Dolner, Wippach. — Weiner und Bumbalek, Rfm., Wien. — v. Blamor, Kroatien. — Birman, Gottschee. — Fabrikant, Kropf. **Hotel Stadt Wien.** Holstein und Zekar, Rste., Remitz, Wien. — Altschul, Töplitz. **Mohren.** Borodnig, Hblsm., Katschach. — Belegitz, — Berger, Schmied, Wien.

Theater.

Heute: Aus der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Akten von Bauernfeld.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Witterung
29.	6 U. Mg.	737.85	- 1.6	SD. schwach	trübe
	2 „ N.	737.54	- 0.3	SD. schwach	trübe
	10 „ Ab.	737.98	- 1.0	SD. schwach	trübe

Anhaltend trübe, abwechselnd dünner Schneefall. Das Thermometer der Temperatur - 1.0°, um 0.3° unter dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsebericht.

Wien, 28. Jänner. Die Speculationskreise zeigten Ermüdung, die in diesen Kreisen gangbaren Papiere gingen, wenn auch nicht bedeutend, zurück; ein heute neuer Führer wurde mit Opposition aufgenommen. Schrankenwerthe behaupteten jedoch eine beachtenswerthe Festigkeit, und wenn einzelne von ihnen im Laufe des Tages so ist dies eben nur auf specielle Verhältnisse und nicht auf verschlimmerte Tendenz zurückzuführen.

A. Allgemeine Staatschuld für 100 fl.		Geld	Ware
Einheitsliche Staatschuld zu 5 pCt.			
in Noten verzinsl. Mai-November	67.40	67.50	
„ Silber „ Februar-August	67.40	67.50	
„ „ Jänner-Juli	71.60	71.70	
„ „ April-Oktober	71.60	71.70	
Anlehen v. 1839	309.	311.	
„ „ 1854 (4 pCt.) zu 250 fl.	94.50	95.	
„ „ 1860 zu 500 fl.	103.25	103.50	
„ „ 1860 zu 100 fl.	124.	125.	
„ „ 1864 zu 100 fl.	146.75	147.50	
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. d. B. in Silber	114.	114.	
B. Grundentlastungs-Obligationen für 100 fl.		Geld	Ware
Böhmen „ zu 5 pCt.	94.	95.	
Galizien „ „ 5 „	76.75	77.50	
Niederösterreich „ „ 5 „	94.25	94.75	
Oberösterreich „ „ 5 „	89.	89.50	
Siebenbürgen „ „ 5 „	77.	77.50	
Steiermark „ „ 5 „	90.	91.	
Ungarn „ „ 5 „	79.	79.75	
C. Andere öffentliche Anlehen.		Geld	Ware
Donau-Regulierungs-Lose zu 5 pCt.	96.50	97.	
Ung. Eisenbahnanlehen zu 120 fl.			
d. B. Silber zu 5 pCt. pr. Stück	99.	99.25	
Ung. Prämienanlehen zu 100 fl.			
d. B. pr. Stück	102.50	103.	

Wiener Communalanlehen, rückzahlbar 5 pCt. für 100 fl.		Geld	Ware
D. Actien von Bankinstituten.			
Anglo-östr. Bank	298.	298.50	
Bankverein	370.	372.	
Bodencreditanstalt	279.	280.	
Creditanstalt für Handel u. Gew.	340.50	331.	
Creditanstalt, allg. ungar.	181.	182.	
Depositenbank	129.	130.	
Escomptegesellschaft, n. d.	1160.	1165.	
Francos-östr. Bank	130.	130.50	
Handelsbank	304.25	304.50	
Nationalbank	964.	966.	
Unionbank	257.	257.50	
Vereinsbank ex Bez. R.	205.50	206.	
Verkehrsbank	248.50	249.	
E. Actien von Transport-Unternehmungen.		Geld	Ware
Alsbö-Bümaner-Bahn	172.	172.25	
Böhm. Westbahn	239.	241.	
Karl-Ludwig-Bahn	229.	229.50	
Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	638.	635.	
Elisabeth-Westbahn	249.50	250.	
Elisabeth-Westbahn (Rinz-Budweiser Strecke)	—	—	
Ferdinands-Nordbahn	2180.	2185.	
Glanfischen-Barcar-Bahn	—	—	

Franz-Joseph-Bahn		Geld	Ware
Lemb.-Czern.-Jassy-Bahn	220.	221.	
Lloyd, österr.	150.	151.	
Deßter. Nordwestbahn	545.	550.	
Rudolfs-Bahn	215.50	216.	
Siebenbrunn-Bahn	169.	170.	
Staatbahn	175.	176.	
Südbahn	332.	343.	
Südbahn	191.50	192.	
Südnordb. Verbindungsbahn	175.	176.	
Therz-Bahn	234.	236.	
Ungarische Nordostbahn	154.25	154.75	
Ungarische Ostbahn	127.50	128.	
Tramway	366.50	367.	
F. Pfandbriefe (für 100 fl.)		Geld	Ware
Allgem. österr. Bodencreditanstalt			
verlosbar zu 5% in Silber	100.	100.50	
bis in 33 J. rückz. zu 5% in d. B.	88.	88.25	
Nationalbank zu 5% d. B.	90.30	90.50	
Ung. Bodencreditanstalt zu 5 1/2%	85.50	86.	
G. Prioritätsobligationen.		Geld	Ware
Elis.-Westb. in S. verz. (1. Em.)	91.	91.50	
Ferd.-Nordbahn in Silber verz.	101.75	102.	
Fry.-Jof.-Bahn	99.40	99.60	
G.R.-Ludw.-B. i. S. verz. 1. Em.	101.50	102.	
Deßter. Nordwestbahn	98.20	98.35	

Siebenb. Bahn in Silber verz.		Geld	Ware
Staatsb. G. 3% à 500 fr. „ 1. Em.	88.10		
Südb.-G. 3% à 500 fr. pr. Stück 109.	128.50		
Südb.-G. à 200 fl. zu 5% für 100 fl.	93.		
Südb.-Bonds 6% (1870-74) à 500 fr. pr. Stück	—		
Ung. Ostbahn für 100 fl.	75.80		
H. Privatlose (per Stück)		Geld	Ware
Creditanstalt für Handel u. Gew. zu 100 fl. d. B.	184.50		
Rudolfs-Stiftung zu 10 fl.	15.		
I. Wechsel (3 Monate)		Geld	Ware
Augsburg, für 100 fl. südd. B.	91.90		
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. B.	92.10		
Hamburg, für 100 Mark Banco	80.40		
London, für 10 Pfund Sterling	109.10		
Paris, für 100 Francs	42.60		
K. Kurs der Geldsorten.		Geld	Ware
R. Münzducanten	5 fl. 14 kr.	5 fl. 14	
Napoleon'sdor	8 „ 63 „	8 „ 63	
Preuß. Roffenscheine	1 „ 69 „	1 „ 69	
Silber	107 „ 25 „	107 „ 25	
Krainische Grundentlastungs-Obligationen		Geld	Ware
Privatnotierung	85.75	86.	